



## **Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT**

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Soziale und solidarische Neuausrichtung der EU ist die Antwort auf wachsenden Nationalismus in Europa**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3709**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **Ein starkes und geeintes Europa für sozialen Fortschritt**

Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt die Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte vom November 2017, mit der sich die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament politisch verpflichtet haben, die Wirtschafts- und Währungsunion um eine soziale Dimension zu erweitern.

Die in der Säule der sozialen Rechte niedergelegten Prinzipien für die Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik bilden einen klaren Rahmen für den Ausbau der sozialen Dimension der EU und der Stärkung der sozialen Grundrechte.

Die Landesregierung wird gebeten, sich für eine Vertiefung der europäischen Integration und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Lösungen unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips einzusetzen. Des Weiteren wird die Landesregierung gebeten, in den Ausschüssen für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und für Arbeit, Soziales und Integration über den aktuellen Stand der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte zu berichten.

#### **Begründung**

Die aus zwanzig Grundsätzen bestehende europäische Säule sozialer Rechte zielt darauf, neue und wirksamere Rechte zu mehr Chancengerechtigkeit, erleichterten Arbeitsmarktzugang, fairen Arbeitsbedingungen und Sozialschutz für Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

(Ausgegeben am 18.12.2018)

Mit den niedergelegten Prinzipien für die Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik wurde ein klares Signal gesetzt, die soziale Dimension der EU auszubauen und die sozialen Grundrechte zu stärken. Die EU-Kommission hat eine Reihe von Initiativen zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte gestartet, die zum Teil noch mit den Mitgliedstaaten verhandelt werden. Die Landesregierung ist gebeten, über den aktuellen Stand der Umsetzung in den Fachausschüssen zu informieren.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender  
CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN